

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 205/2010 (STK)

Auftrag Markus Knellwolf (glp, Obergerlafingen): Transparenz in der Parteienfinanzierung (15.12.2010)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das kantonale Gesetz über die politischen Rechte so anzupassen, dass eine Offenlegung der Parteienfinanzierung und der Finanzierung von Abstimmungskampagnen eingeführt wird. In der Ausarbeitung von Botschaft und Entwurf soll sich der Regierungsrat in den Grundsätzen am bewährten Gesetzesartikel des Kantons Genf orientieren (Loi sur l'exercice des droits politiques (LEDP), Art. 29A) und die Erfahrungen der Kantone Genf und Tessin einfließen lassen. Generell ist darauf zu achten, dass das Gesetz klar und griffig formuliert ist, so dass Umgehungsmöglichkeiten und indirekte Finanzierungen möglichst ausgeschlossen werden können.

Begründung (15.12.2010): schriftlich.

Die Finanzierung von politischen Parteien und von Abstimmungskampagnen ist heute in der Schweiz, ausser in den Kantonen Genf und Tessin (seit 1999 bzw. 1998), ungeregt und intransparent.

Heute ist nicht klar, ob und wie stark die einzelnen, politischen Parteien von kapitalkräftigen Interessengruppen abhängen. Dies nährt Spekulationen über allfällige finanzgebundene Interessenslagen der Parteien und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Transparenz in der Parteienfinanzierung ist zudem notwendig um zu verhindern, dass Spenden von fragwürdigen Personen und Institutionen angenommen werden können. Eine klare Regelung betreffend Transparenz in der Parteienfinanzierung hilft möglicher Korruption im politischen System vorzubeugen.

Die Schweizer Bevölkerung wünscht sich ebenfalls mehr Transparenz in der Parteien- und Kampagnenfinanzierung. Das geht aus den letzten UNIVOX Umfragen zu diesem Thema hervor. In einer Umfrage von 2002 sprechen sich 78% der befragten Wahlberechtigten für eine Offenlegungspflicht der Parteispenden aus und im Jahr 2007 forderten sogar 87% der befragten Personen eine Offenlegung der Herkunft der Gelder für Abstimmungskampagnen.

Ausserdem weist auch die internationale Gemeinschaft auf diese Schwachstelle im Schweizer Polit-system hin. Zuletzt hat die OSZE (Bericht über die Schweizer National- und Ständeratswahlen vom 21. Oktober 2007) darauf aufmerksam gemacht und entsprechende Empfehlungen zuhanden der Eidgenossenschaft formuliert. Diese wurden bis heute weder vom Bundesrat noch von der vereinigten Bundesversammlung ernsthaft aufgenommen. Parlamentarische Initiativen, die in dieselbe Richtung wie dieser Auftrag zielten, wurden von den eidgenössischen Räten letztmals im Frühjahr 2010 abgelehnt. Es macht daher keinen Sinn, weiter auf eine eidgenössische Gesetzgebung zu warten. Der Kanton Solothurn sollte von sich aus aktiv werden und dem guten Beispiel der Vor-reiterkantone Genf und Tessin folgen.

Unterschriften: 1. Markus Knellwolf, 2. Markus Flury, 3. René Steiner, Theophil Frey, Anna Rüefli, Markus Schneider, Fränzi Burkhalter, Fabian Müller, Trudy Küttel Zimmerli. (9)

